

sich deshalb gezwungen, veränderte Methoden in die Globalstrategie aufzunehmen und die konterrevolutionäre Taktik zu ändern. Unter der Losung „Kooperation und Verständigung statt Konfrontation“ versucht das imperialistische Sy-

stema diese ideologische Diversionenpolitik wird auch als „Politik des Brückenschlags“ bezeichnet.

Auch der westdeutsche Imperialismus sieht sich auf Grund des internationalen Kräfteverhältnisses und des Scheiterns

schuß des amerikanischen Repräsentantenhauses am 8. April 1970 ausdrücklich hervor. Er bezeichnete Westdeutschland als Schlüssel bei den Versuchen zur Zusammenfassung der westeuropäischen Potenzen auf der Basis gemeinsamer antikommunistischer Politik.

„Der Vertrag zwischen der UdSSR und der BRD entspricht dem allgemeinen Streben der UdSSR und der sozialistischen Gemeinschaft, Konfliktherde zu beseitigen und eine Atmosphäre des Vertrauens und der friedlichen internationalen Zusammenarbeit zu schaffen. Er ist das Ergebnis ihrer beharrlichen, auf die Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz in den Beziehungen zwischen Staaten unterschiedlicher gesellschaftlicher Systeme gerichteten Politik.

Bundeskanzler Willy Brandt hat selbst erklärt, es komme jetzt darauf an, was aus dem Vertrag gemacht werde. Das aber wird wesentlich davon bestimmt, daß die westdeutsche Bevölkerung den Widerstand der Rechtskräfte gegen den Vertrag überwindet, ausgehend von der Erkenntnis, daß die Rechtskräfte dem Volke der BRD überhaupt keine reale politische Alternative vorzuweisen haben.“

(Aus der „Erklärung des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik zum Abschluß des Vertrages zwischen der UdSSR und der BRD“)

stem unter Führung der USA, in die sozialistischen Staaten einzudringen und einen Transformationsprozeß in Gang zu bringen, der zur Aufweichung dieser Staaten und schließlich zu ihrer Eingliederung in das imperialistische System führen

der bisherigen starren Taktik der CDU/CSU zu veränderten Mitteln und Methoden gezwungen. Diese Haltung entspricht voll der flexiblen Taktik der USA-Globalstrategie. Sie wird von der Nixon-Regierung deshalb ausdrücklich befürwortet.

Bonn — antikommunistischer Schlüssel

Wesentliches Ziel und wichtige Voraussetzung zur Verwirklichung der antikommunistischen Ziele ist das Bestreben zur wirkungsvolleren Zusammenfassung der Potenzen des imperialistischen Systems. Im Rahmen der Globalstrategie gehört dazu vor allem der Versuch, die Integration Westeuropas unter Führung der USA auf allen Ebenen durchzusetzen und damit die Basis des aggressiven NATO-Paktes zu stärken. Auf Grund des Son-

derbündnisses mit Westdeutschland fällt dem westdeutschen Imperialismus auch hierbei eine besondere Rolle zu.

Die Interessen Verflechtung zwischen Bonn und Washington und die besondere Bedeutung des westdeutschen Imperialismus in der Globalstrategie der USA hob der amerikanische Botschafter in Westdeutschland, Kenneth Rush, zum Beispiel in einer Erklärung vor dem Außenpolitischen Aus-

Die westdeutsche Seite betont immer wieder, daß die aggressiven Ziele des westdeutschen Imperialismus nur in enger Anlehnung an die USA und auf Grund des Sonderbündnisses verfolgt werden können, auch wenn die Potenzen Westeuropas stärker als bisher zu sammengefaßt werden. Diese Auffassung wird auch im letzten Weißbuch der westdeutschen Bundesregierung ausführlich dargelegt und wie üblich als „Verteidigungspolitik“ deklariert. Zum Zusammenspiel zwischen Bonn und Washington heißt es dazu unter anderem:

„... Die Vereinigten Staaten verteidigen in Europa auch sich selbst. Präsident Nixon drückte dies in seiner Botschaft zur Außenpolitik vom 18. Februar 1970 sehr pointiert aus: Wir können uns von Europa ebensowenig lösen wie von Alaska...“

Auf längere Sicht mißt die Bundesregierung der europäischen Zusammenarbeit auch auf dem Verteidigungssektor sehr hohe Bedeutung zu. Eine eventuelle bilaterale Zusammenarbeit zwischen den europäischen Nuklearstaaten der NATO könnte die Funktion der USA als der entscheidenden Nuklearmacht des Bündnisses nicht ersetzen...“

Es ist eindeutig erkennbar, daß sowohl Bonn als auch Washington weiter danach streben, die antikommunistische Basis ihrer Politik zu festigen.

Dr. Eberhard Heidmann